

II-14449 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 704013

1994-07-15

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, DDr. Niederwieser, Strobl, Gisela Wurm
und Genossen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Entzug der Gewerbeberechtigung wegen Verurteilung nach dem Lebensmittel-
gesetz 1975

Seit Jahren werden von der den Landeshauptmännern unterstehenden Lebensmittelpolizei
zahlreiche Kontrollen bei den Erzeugern und in den Handelsbetrieben durchgeführt und
Proben gezogen. Im Durchschnitt fallen jährlich rund 165.000 Kontrollen und 44.000 Proben
an. Beim Vorliegen von Gesundheitsschädlichkeit oder Verdorbenheit werden Anzeigen an
die Strafgerichte erstattet.

Wird ein Produzent oder Händler gemäß § 66 LMG 1975 wegen "gleicher schädlicher
Neigung" zum wiederholten Male gerichtlich verurteilt, erfolgt eine Mitteilung des Gerichtes
an die Gewerbebehörde, die die Gewerbeberechtigung entziehen kann.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister wirtschaftliche
Angelegenheiten nachstehende

Anfrage:

1. Wieviele Mitteilungen der Strafgerichte wegen Verurteilungen gemäß § 66 LMG 1975
hat es seit Inkrafttreten dieses Gesetzes gegeben?
2. In wievielen Fällen wurde die Gewerbeberechtigung entzogen?
3. Wieviele derartige Mitteilungen gab es nach dem sogenannten "Fleischskandal 1993"?
4. In wievielen Fällen wurde nach dem sogenannten "Fleischskandal 1993" die
Gewerbeberechtigung entzogen?